

V3 Internationale Solidarität in Zeiten der Krise - Eine Antwort auf globale Ungleichheiten geht nur solidarisch!

Antragsteller*in: Konstantin Mallach
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Einleitung

2 Solidarität bedeutet, sich für diejenigen einzusetzen, denen Unrecht geschieht.
3 Für uns als linke Jugendorganisation muss das auch bedeuten, die globalen
4 Dynamiken der Ausbeutung und Ausgrenzung zu bekämpfen – mit allen Mitteln, die
5 uns hier zur Verfügung stehen. Was in Deutschland gilt, darf an unseren Grenzen
6 nicht aufhören!

7 Mit kolonialen Herrschaftssystemen schufen europäischen Nationen systematische
8 Wege, um Wohlstand vom globalen Süden nach Europa umzuverteilen. Hierfür wurden
9 Kriege geführt, Grenzen gezogen und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander
10 ausgespielt. Komplexe politische Strukturen wurden aufgebaut, mit denen Güter
11 unter schlimmsten Bedingungen in Kolonialstaaten produziert wurden und somit zu
12 Dumpingpreisen verkauft wurden, während sie für enorme Ungleichheit auch
13 innerhalb der kolonialen Staaten sorgten.
14 Die Konflikte und Systeme, die geschaffen wurden, wirken bis heute nach.
15 Im weltumspannenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts wird noch immer für
16 diejenigen produziert, die viel besitzen. Technologien, Immobilien und
17 Infrastruktur haben Leitunternehmen und reiche Menschen vor allem im globalen
18 Norden gehortet. Länder und Staatenverbünde im globalen Norden stützen dieses
19 System an vielen Stellen durch einen weitgehenden Abbau an Handelshemmnissen und
20 durch hohe Subventionen in bestimmten Branchen (etwa im Agrarbereich). Im
21 entfesselten Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen, werden globale
22 Ungleichheiten somit nur verstärkt.

23
24 Die Ungleichheit nimmt deshalb auch aktuell weiter zu, wenige Milliardäre
25 besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Sie profitieren von
26 Monopolen über Märkten, Marken oder die Kontrolle von riesigen Unternehmen.
27 Gleichzeitig konkurrieren Milliarden Menschen um schlecht bezahlte Jobs und
28 verrichten wichtige Arbeit zu viel zu geringen Löhnen.
29 Das System der Ungleichheit muss bekämpft werden, der Globale Norden muss
30 endlich mehr Verantwortung gegenüber dem Globalen Süden übernehmen. Dazu braucht
31

32 es eine systematische Antwort auf ein System, das Krisen immer wieder aufs neuer
33 hervorruft. Es muss darum gehen, dass T-Shirts, Handys und alles, was wir
34 brauchen, unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wird, egal wo es herkommt.
Das ist unser aller Menschenrecht, nichts Geringeres müssen wir erkämpfen!

35 **Lieferketten und Handel global gerecht gestalten!**

36 Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine wurde die globale Weltordnung und
37 mit ihr die globale Wirtschaftsordnung neu gemischt. Einerseits zeigte sich hier
38 die geopolitische Bedeutung des **Handels**, denn die Abhängigkeit Europas von
39 Russland wurde zu einer scharfen Waffe Putins. Andererseits wird aber auch
40 deutlich, dass die EU in ihren Handelsbeziehungen viel zu oft Ungleichheiten
41 ausnutzt. Viele Länder des globalen Südens fühlen sich zu Recht so ungerecht
42 behandelt, dass sie die außenpolitische Linie der EU nicht teilen. Noch immer
43 gibt es zu wenig **ökologische und arbeitsrechtliche Standards** für die Produkte,
44 die importiert oder auch exportiert werden. Höhere Standards dürfen aber nicht
45 dazu führen, dass der Handel einfach mit anderen Partner*innen getrieben wird.
46 Es muss darum gehen, durch **finanzielle Hilfen die Mehrkosten** von solchen
47 Standards mitzutragen und die **Industrialisierung anderer Länder proaktiv zu**
48 **unterstützen.**

49
50 **In modernen Lieferketten** sind die Herstellungsschritte für Endprodukte quer über
51 den Globus verteilt. Unternehmen in Ländern des globalen Nordens sind auf die
52 Arbeit und Ressourcen aus dem Süden angewiesen. Doch diese Ressourcen werden in
53 Ländern des globalen Südens häufig gnadenlos ausgebeutet, um im Wettbewerb um
54 Exporte mithalten zu können. Diese Spannung lässt sich erst auflösen, wenn es
55 einen klaren Einsatz zu fairen Arbeitsbedingungen in Lieferketten gibt. Hierzu
56 gehört neben grundlegenden Löhnen und Arbeitsschutz vor allem auch die
57 gewerkschaftliche Organisation von Arbeiter*innen, die in vielen Ländern noch
58 behindert wird.

59 Erste **Lieferkettengesetze** zeigen, dass eine Überprüfungen von Unternehmen, dazu
60 führen, dass systematische Verletzungen der grundlegenden Arbeitsrechte
61 transparent werden. Gut gestaltete Gesetze verpflichten daraufhin nicht nur
62 Staaten zum Handeln, sondern auch die zuliefernden Unternehmen. Diese
63 Lieferkettengesetze gilt es für die EU auszuweiten und die Strafverfolgung zu
64 stärken. Sie schaffen nicht von heute auf morgen Gerechtigkeit, sondern wirken
65 Stück für Stück für mehr globale Gerechtigkeit.

66
67 In Europa beginnt aktuell ein neues Zeitalter der **Industriepolitik**. Der Staat
68 mischt sich aktiv ein in die „Begrünung“ der Ökonomie. Und auch wenn diese
69 Schritte viel zu zögerlich sind, muss eine solche Einmischung endlich als Chance
70 genutzt werden. Die Ausweitung von unternehmerischer Zusammenarbeit für die
71 Entwicklung von klimaneutralen Produkten und Infrastruktur ist ein weiterer
72 entscheidender Punkt. Faire Löhne und umweltschonende Methoden deutscher
73 Unternehmen bei diesen Projekten sollten durch staatliches Handeln gefordert und

74 gefördert werden, damit Unternehmen aus dem Ausland keinen Vorteil aus
75 Menschenrechtsverletzungen ziehen.

76 Wir fordern deshalb:

77 - den Einsatz Deutschlands für ein **UN-Abkommen, das wirtschaftliche Normen für**
78 **Unternehmen und Staaten** festlegt und somit gleichwertige Standards für alle
79 schafft. Ein Unterschreiten solcher Standards darf keine wirtschaftlichen
80 Vorteile mehr für Unternehmen bieten.

81 - die **Standards für Handelsabkommen der EU zu heben** und eine Ausweitung der
82 Kriterien auf Biodiversität und grundlegende Arbeitsstandards (insbesondere die
83 ILO-Kernarbeitsnormen), außerdem eine stärkere Einbeziehung der
84 Zivilgesellschaft der Abkommensländern für konkretere Umwelt- und
85 Arbeitsstandards. Besonders die grüne Industrialisierung sollte in
86 Handelsverträgen gezielt geschützt werden und Gewerkschaftsbildung durch
87 finanzielle Mittel gefördert werden.

88 - Ein **EU-Lieferkettengesetz**, das einer geschärften Version des deutschen
89 Lieferkettengesetzes entspricht. Dieses sollte auch für kleine Unternehmen und
90 solche im Finanzsektor gelten und auch die Möglichkeiten einer Zivilklage
91 beinhalten. Wenn Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, müssen sie
92 haftbar sein.

93 - **Zusammenarbeit mit zukunftsfähigen Unternehmen und Organisationen im Globalen**
94 **Süden** zu stärken. Technologietransfers und Wissensweitergabe (etwa durch
95 Ausbildungen) in (unternehmerischen) Partnerschaften müssen politisch viel
96 strategischer forciert und durch finanzielle Anreize abgesichert werden.

97 - eine **Abkehr der enormen Exportorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik**
98 durch einen stärkeren Fokus auf die Binnennachfrage; dies schafft mehr
99 Gerechtigkeit innerhalb Europas und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe

100 **Internationale Entschuldung jetzt!**

101 Schulden sind schon länger ein enormes Problem vieler Länder im globalen Süden,
102 im Moment stellen sie jedoch mit steigenden Zinsen nochmal eine viel größere
103 Gefahr dar. Privatanleger und multilaterale Akteure wie die Weltbank sind
104 bedeutende Geldgeber für die Industrialisierung in vielen Ländern des globalen
105 Südens, die allerdings viel zu häufig eine aggressive oder schlecht ausgefeilte
106 Entschuldungspraxis verfolgen. Vor allem die Privatisierung und der Abbau
107 öffentlicher (Gesundheits- und Sozial-) Einrichtungen fallen darunter. Diese
108 Schuldenpolitik zeichnet sich aktuell wieder ab, da sich viele Länder wieder neu
109 verschulden und wieder mehr und vor allem private Gläubiger auf die Bühne
110 treten.

111 Um die Rückkehr zu einer Schuldenpolitik, die von Austerität geprägt ist, zu
112 verhindern, fordern wir für die deutsche und internationale Politik:

113 - das von der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen
114 (UNCTAD) **festgelegte Ziel der Entschuldung von 2,5 Bio US-Dollar** konsequent zu
115 verfolgen.

116 - **Schuldenschnitte für Länder, die als "Länder mit geringsten Einkommen" (LDC)**
117 **klassifiziert werden**. Diese sind nach Vorbild erfolgreicher multilateraler
118 Initiativen zu gestalten. Mit dem Abkommen sollen Armutsbekämpfungsprogramme und
119 Entschuldungspfade festgelegt und partnerschaftlich ausgerichtet werden, während
120 auf weitere Konditionalitäten verzichtet wird. Sozial- und Gesundheitsausgaben
121 dürfen kein Grund mehr sein, um Länder nicht zu entschulden.

122 - **Private Gläubiger stärker in den Blick** zu nehmen, vor allem durch eine
123 Aushandlung von Entschuldungsabkommen. Das Verbot von Geierfonds, welches
124 privaten Gläubigern verbietet kollabierende Staatsanleihen aufzukaufen.

125 - innerhalb der zuständigen Internationalen Organisationen (IMF) die Position
126 der Länder des globalen Südens zu stärken durch eine Reform, die Ländern, die
127 als Entwicklungsländer klassifiziert werden, ein stärkeres Stimmrecht einräumt
128 und die Demokratisierung des IMF vorantreibt.

129 **Globale Steuergerechtigkeit konsequent durchsetzen!**

130 Um die finanziellen Probleme von Ländern im globalen Süden zu bekämpfen, müssen
131 auch Steueroasen konsequent bekämpft werden und ein steuerlicher
132 Unterbietungswettbewerb verhindert werden. Studien schätzen, dass 40% des
133 Kapitals von transnationalen Unternehmen sich in Steueroasen befinden.
134 Gleichzeitig enthüllten Journalist*innen jährlich neue Skandale der
135 internationalen Steuerhinterziehungen.

136 Ebenso ist die Anhäufung von Macht von Superreichen ein Problem, das langfristig
137 Sicherheitsrisiken birgt und jetzt bereits unsere Demokratien vor Probleme
138 stellt. Das zeigt die Corona-Krise ganz deutlich, denn während sich das Vermögen
139 der reichsten 10 Menschen im letzten Jahr verdoppelt hat, mussten 160 Millionen
140 Menschen zusätzlich in Armut leben.

141 Als Grüne Jugend fordern wir deshalb:

142 - Den Einsatz der deutschen Regierung über Forderungen innerhalb der G7, der UN
143 und anderen Organisationen für mehr Steuergerechtigkeit. Dazu gehört:

- 144 • auf internationaler Ebene den **konsequenten, niedrighschwelligen und**
145 **digitalen Austausch von Bankdaten**, um Steuerhinterziehung zu vermeiden.

- 146 • Untergrenze für eine **Kapitalsteuer auf alle Vermögensgüter**, die global
147 mindestens 15% beträgt und proportional zu den Renditen der
148 Vermögensbesitzer steigt.

149 - eine entschiedeneren und koordinierte Unterstützung für Partnerländer im
150 globalen Süden zur Implementierung von progressiven Steuern (vor allem mit Fokus
151 auf die Vermögenssteuer und Grund- und Immobiliensteuern)

Begründung

Wir haben viele Beschlüsse zur globalen Gerechtigkeit, doch unsere strukturellen Forderungen für eine gerechte globale Wirtschaftsordnung bedürfen eines weiteren Diskussionsimpulses. Dieser Antrag liefert einen solchen Impuls und reagiert damit auch auf aufkommende Debatten zu einer gerechteren globalen Wirtschaftsordnung. Besonders in Krisenzeiten dürfen globale Machtungleichgewichte nicht zementiert werden, sondern Solidarität auch international gedacht werden!